

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 3 (1962)
Heft: 14

Vorwort: Vier Aufgaben ; Mit Faschisten
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK A.Z. Bern I

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Mais um tote Frösche (4)
Amnestie für Emigranten (5)
Neue Platte, bitte (6)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

3. Jahrgang, Nr. 14

Bern, 4. April 1962

Erscheint wöchentlich

Unsere Meinung

Vier Aufgaben

Ein sogenanntes Appenzeller Recht erlaubt dem Unterlegenen, drei Tage lang zu hadern und zu schimpfen; danach aber soll er sich dem Beschluss fügen und dem Willen der Mehrheit unterordnen. Das darf auch beim Entscheid über die Atomverbots-Initiative so gehalten werden.

Bei aller Unterordnung unter den auch von uns befürworteten Abstimmungsausgang stellen sich aber einige Fragen, die nicht durch Stillschweigen, sondern durch ein klärendes Gespräch zu lösen sind. Die Analyse der Abstimmungsergebnisse deckt vier Probleme auf, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Zum ersten ist die Zahl der Befürworter erschreckend hoch. Es ging ja keineswegs um die Einführung von Atombomben, sondern um das Verbot, das zu diesem Zeitpunkt ohne Zweifel falsch gewesen wäre. Zum zweiten ist die Stimmbeteiligung erschreckend gering. Dass sich nur 55 Prozent der Staatsbürger in dieser wichtigen Angelegenheit zur Urne bemüht haben, stellt in der Tat unseren Staat in seiner heutigen Ausgestaltung als direkte Demokratie in Frage. Wenn der Stimmpflicht bei Gemeindeabstimmungen über den Ankauf von Verkehrsmitteln oder die Aenderung eines Aligementsplanes allenfalls noch Verständnis entgegengebracht werden kann, so deckt sie hier ein Problem auf, dessen Behandlung unumgänglich geworden ist.

Zum dritten wird durch das Abstimmungsergebnis ein beängstigender Graben zwischen den sprachlichen Gruppen aufgeworfen. Die Minderheiten stimmten dem Atomverbot zu; die Befürwortung folgte der Sprachgrenze bis in den Jura hinein. Zum vierten stellt sich innerhalb der protestantischen Kirche nun zweifellos ein echtes Führungsproblem. Die theologisch diskutabile und politisch unhaltbare Mei-

nungsäusserung so zahlreicher protestantischer Pfarrer als Pfarrer und nicht als Staatsbürger kann nach der Abstimmung nicht einfach zu den Akten gelegt werden. Es sind schwere Probleme, die durch die Abstimmung nicht etwa verursacht, sondern sichtbar gemacht worden sind. Diesen Problemen dürfen wir unter keinen Umständen ausweichen, wenn wir in den kommenden Prüfungen bestehen wollen. Mag es unangenehm, mag es zeitraubend sein: wir müssen ein offenes Gespräch führen, wenn wir nicht weit Unangenehmeres und Zeitraubenderes dagegen eintauschen wollen.

Unseres Erachtens muss ein solches Gespräch auf den entsprechenden vier Ebenen stattfinden, wenn die Schwierigkeiten ausgegletet werden sollen. Zunächst wäre es wünschenswert, dass nun nach Beendigung des Abstimmungskampfes die Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern um so sachlicher weiter geht. Sodann sollte das Gespräch zwischen den politischen Führern und dem Volk aufgenommen werden, und zwar auch im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichtes, um dadurch die Stimmpflicht wirksam bekämpfen zu können. Ferner muss sich die Diskussion zwischen den Sprachgruppen bewusst dem Politischen zuwenden. Endlich ist im protestantischen Lager ein Dialog vonnöten, der allein einen tragischen Zerfall in Gruppen und Grüppchen verhindern wird.

Gespräche tun not. Wir werden versuchen, unseren Beitrag zu leisten.

Unser Kommentar

Mit Faschisten

Von den drei Militärumschüben, die in Ekuador, Syrien und Argentinien stattgefunden haben, ist der erste der unwichtigste, der zweite der gefährlichste und der dritte der interessanteste. Auf Grund eines eigenartigen argentinischen Wahlgesetzes, das der stärksten Partei in einer Provinz zwei Drittel, der zweitstärksten einen Drittel der Mandate zubilligt, die weiteren Parteien aber leer ausgehen lässt, konnten die Peronisten einen unerwarteten Sieg feiern. Mit diesem Sieg konnte sich die Armee nicht befreunden. Sie drang zunächst auf eine vom verfassungsmässigen Gesichtspunkt aus fragwürdige Ungültigerklärung der Wahlen und schliesslich auf Absetzung des Präsidenten Frondizi.

Dass die Armee aus Sorge um die Demokratie handelte, kann vorläufig nicht bezweifelt werden. Ihr ist es zu verdanken, dass vor fünf Jahren das faschistische Diktaturregime Perons gestürzt werden und nach einem massvoll geleiteten Uebergang unter General Aramburu schliesslich zur demokratischen Wahl von Frondizi führen konnte. Aus der gleichen Gegnerschaft gegen die peronistische Bewegung ist die jetzige Massnahme der Armee zu verstehen. Sie wollte vorbeugen, um nicht später zu einem wesentlich höheren Preis zahlen zu müssen.

Was an der Entwicklung in Argentinien ein besonderes Interesse beanspruchen kann, ist die Grundlage des peronistischen Wahlsieges. Die Kommunisten haben sich nämlich eindeutig zugunsten dieser Bewegung ausgesprochen und sie im Wahlkampf wirksam unterstützt. Dabei sind die Peronisten faschistisch geblieben, wie sich auch das Regime von Juan Peron als Diktator durch ähnliche Züge auszeichnete wie jenes von Hitler und Mussolini. Diesen hielt Peron geistig die Treue und ihren Anhängern blieb er freundschaftlich verbunden. Die Unterstützung einer solchen faschistischen Bewegung durch die Kommunisten wirft ein eigenartiges Licht auf deren ständige Beteuerungen, sie seien Antifaschisten. Dass das nur in Ausnahmefällen, aus Not und nicht aus Tugend zutrifft, hat die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte klar erwiesen. Wir wollen hier bloss an ein heute meist vergessenes Ereignis erinnern, das sich demnächst zum 20. Male jährt und das die Machtübernahme Hitlers mit Hilfe der kommunistischen Partei Deutschlands ermöglicht hat: den Berliner Verkehrsstreik vom November 1932. Vorgängig hatte ein Zusammenschluss der Kommunisten und Nationalsozialisten die letzte Bastion der Weimarer Koalition, Preussen, zerschlagen. Zur Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 6. November rissen KPD und NSDAP den Berliner Verkehrsstreik vom Zaun und stellten gemeinsam die Streikposten. KPD und NSDAP errangen eine Mehrheit gegen die demokratische Verfassung, von der der Sozialist Lothar Frei zwei Jahre später in Zürich schrieb: «Diese Mehrheit schuf dem Diktaturregime, der Militärpolitik und allen Operationen der Verfassungszerstörung das eigentliche Fundament.»

Die Kommunisten sind damals in Deutschland ebenso schwache Verfechter der Demokratie und ebenso zweifelhaft Antifaschisten gewesen, wie heute in Argentinien. Der Grund liegt auf der Hand. Die starke Demokratie ist ein schlechter, die Diktatur aber ein guter Nährboden für den kommunistischen Bazillus.

Peter Sager.

Wo liegen überhaupt die Unterschiede zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus? Die landläufige, aber falsche Erklärung lautet, der Kommunismus erstrebe «soziale Gerechtigkeit», der Nationalsozialismus habe die kapitalistische Gesellschaft erhalten wollen. Tatsächlich war der Nationalsozialismus genauso staatssozialistisch wie der Kommunismus, nur dass er unter anderen geschichtlichen und sozialen Voraussetzungen, unter anderen Bedingungen der Machtergreifung in mancher Beziehung andere Wege ging.

«Ost-Kurier», München, Nr. 12, Dezember 1961.